

Stellungnahme zur aktuellen Debatte über angeblich „reiche Beamte“:

Die Berichterstattung in den Medien ist teils polemisch und unsachlich. Wir meinen: seriös bleiben. Eine Debatte, die von den eigentlichen Problemen ablenken soll, hilft niemand weiter. Wahr ist:

- Die Finanzierung der Versorgung ist insbesondere in den Ländern problematisch. Doch das liegt an der mangelnden Rücklagenbildung für die nach dem Berufsleben zu leistende Versorgung. An dieser Misere sind nicht die Beamtinnen und Beamten schuld. Es handelt sich um Versäumnisse der Politik. Wer Beamtinnen und Beamte beruft, trägt auch Verantwortung für ihre spätere Versorgung.
- Es gibt hohe Versorgungsansprüche. Die gibt es in der Privatwirtschaft allerdings auch. Wenn ein Vergleich, dann doch bitte mit ähnlichen Berufen bzw. Verantwortung.
- Viele Beamtinnen und Beamte befinden sich im einfachen und mittleren Dienst. Hier von einer üppigen Versorgung zu sprechen, ist völlig daneben. Beim Bund beträgt die durchschnittliche Pension 2.301 Euro. Bei Post und Bahn 1.636 Euro.
- Die Beamtinnen und Beamten haben auf Teile linearer Besoldungserhöhungen verzichten müssen. Diese Gelder wurden in Versorgungsrücklagen angelegt.
- Die Versorgungsansprüche werden sich wie im Rentenrecht auch, um rund fünf Prozent bis voraussichtlich 2012 verringern. Beim Bund wurden und werden alle Veränderungen im Rentenrecht auf die Versorgungsempfänger/innen übertragen. Dabei sind allerdings die Wirkungen auf das eigene Versorgungssystem zu beachten.

Bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer hat ver.di ein Forschungsprojekt zur Versorgung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen in Kürze vor. Darauf basierend wird ver.di Vorschläge zur Finanzierbarkeit und Stabilität der Versorgung bekannt geben.

dbb Chef Heesen: Warnstreiks sind Antwort auf Arbeitgeberprovokation

08.02.2010

Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst werden am 8. Februar 2010 unter anderem in Berlin, Potsdam und Hamburg fortgesetzt. „Die Warnstreiks sind eine Antwort darauf, dass die Arbeitgeber in der zweiten Runde noch kein Signal gegeben haben. Bei drei geplanten Verhandlungsrunden wäre das jetzt nötig gewesen“, sagte dbb Chef Peter Heesen dem „Hamburger Abendblatt“ (Ausgabe vom 8. Februar 2010). Er verwies auf die Äußerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der gesagt hatte, er sei nicht gekommen, um etwas zu geben, sondern um etwas zu holen. „Das ist Provokation. Das war taktisch keine Meisterleistung. Deshalb haben sich Ver.di und wir entschlossen, wir könnten auch Ernst machen.“

Der dbb Bundesvorsitzende fügte hinzu: „Wir haben den Bereich Straßendienst bislang für tabu erklärt. Bei diesen Witterungsverhältnissen mit Eis und Schnee wird da jeder Mann gebraucht. Wir wären aber in der Lage, auch hier Warnstreiks durchzuführen.“

Mit Blick auf die Finanzmisere der Kommunen sagte Heesen: „Den Kommunen sind Aufgaben übertragen worden, für die ihnen vom Bund und den Ländern keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden. Ich nenne die Kosten für Hartz IV und die für die Garantie der Kindergartenplätze. In der Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung erschreckt mich, was kaum jemand bemerkt hat: Die Städte – auch Hamburg – haben Leistungen privatisiert. Die Folge war, dass der Staat keinen Einfluss auf die Kosten hat.“

Jetzt geht die Bundesregierung hin und sagt: Wir wollen die kommunalen Dienstleistungen im Rahmen der nächsten Steuerreform mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belegen. Warum ausgerechnet das Hotelgewerbe den ermäßigten, die staatlichen Einrichtungen den vollen Mehrwertsteuersatz bekommen – das muss mir mal jemand erklären. Hier ist eine Guillotine programmiert, die den Kommunen statt mehr Eigenständigkeit den sausenden Tod bringt.“

Der dbb Chef äußerte sich auch zur Diskussion um den Ankauf der Daten von Steuersündern. „Tausende vermögende Menschen wollen nicht im Rahmen ihrer Einkünfte zur Finanzierung des Staates beitragen, in dem sie leben.“ Sie nutzen die deutsche Infrastruktur „und scheren sich einen Dreck um die Kosten. Wir brauchen eine umfangreichere Steuerfahndung. Die kleinen und mittleren Betriebe können wir nur in einem Abstand von 15, 16 Jahren prüfen. Die Akten muss man nur zehn Jahre aufbewahren. Wenn ich als Unternehmer eine Steuerprüfung hatte und den Staat beschummeln will, weiß ich: In den nächsten fünf Jahren kann ich problemlos sündigen. Wir müssen da besser aufgestellt sein. Das ist Dienst am Bürger.“

Heesen zu ersten einhundert Tagen der Bundesregierung:

„Es kann nur besser werden“ 03.02.2010

„Es kann eigentlich nur besser werden.“ So lautet die Bilanz des dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen zu den ersten einhundert Tagen seit Amtsantritt der schwarz-gelben Bundesregierung. Der Saarbrücker Zeitung (Ausgabe vom 3. Februar 2010) sagte er: „Ich gehe ganz optimistisch in die nächsten hundert Tage. Hauptsache, der Steuersenkungswahn der ersten Monate ist vorbei.“ Die versprochenen Steuererleichterungen trügen kaum zur Konjunkturbelebung bei, bedeuteten aber gleichzeitig deutliche Einnahmeverluste für Länder und Kommunen, kritisierte Heesen.

„Zudem ist mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gastronomiegewerbe reine Klientelpolitik betrieben worden.“ Trotz der anfänglichen klaren Fehlentscheidungen verlasse er sich aber auf die Lernfähigkeit der Bundesregierung, so Heesen.

Verbesserung der Bearbeitungszeiten bei der Postbeamtenkrankenkasse Petition von Uwe Kelling ist in der parlamentarischen Prüfung

Bis Ende November 2009 haben mehr als 3.200 Menschen die Petition von Uwe Kelling in Sachen Postbeamtenkrankenkasse unterstützt. (Siehe auch Bericht im Bezirksblatt November/2009).

Im Internet zeichneten bis zum 13. November 2009 genau 757 Menschen die Petition mit. Gut 2.500 Personen unterstützten diese in Form des Musterschreibens, das die DPVKOM zur Verfügung gestellt hat. Die Petition wurde auch aktiv vom VDFP und seinen Mitgliedern unterstützt.

Die Petition befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Prüfung. In dieser Phase geben beispielsweise am Petitionsverfahren beteiligte Bundesministerien ihre Stellungnahmen ab. Erfahrungsgemäß dauert das Petitionsverfahren mindestens ein halbes Jahr, bis es abgeschlossen ist. Bis zur Beendigung besteht nach wie vor die Möglichkeit, die Petition mit dem oben bereits erwähnten Musterschreiben an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu unterstützen.

Bei Bedarf kann das Musterschreiben beim Bezirksvorstand angefordert werden.